

Wissenschaftspolitik in Frankreich

Autor(en): **Paty, Michel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **4 (1982)**

Heft 15

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-653397>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Michel Paty



Wissenschaftspolitik in Frankreich

Der Physiker Dr. Michel Paty ist Präsident der Sektion „Kernphysik“ des Nationalen Komitees des CNRS (Nationales Zentrum der wissenschaftlichen Forschung). Er arbeitet an der Universität Straßburg und gibt hier eine Einschätzung der neuen französischen Wissenschaftspolitik aus seiner Sicht als engagierter Anhänger der Linksunion.

Am 10. Mai 1981 wählte das französische Volk François Mitterand zum Präsidenten. Zwei Monate später wurde diese Entscheidung bekräftigt, als die Linke, vor allem die Sozialisten, in der Nationalversammlung die Mehrheit erhielt. Die Regierung Mauroy, die sich heute länger als ein Jahr im Amt befindet, gab der französischen Politik seitdem einen neuen Kurs. Gewiß; es ging nicht um eine Revolution, nicht einmal darum,

jenen Sozialismus „à la française“ zu verwirklichen, den die linken Parteien in ihren Programmen entworfen hatten. Aber der Bruch gegenüber der vorangegangenen Amtsperiode war wichtig; mehr noch: Dies war das erste Mal in der Geschichte der fünften Republik, daß die Linke an die Macht kam. Sie kann sich dabei auf eine starke Exekutive stützen, die ihr trotz der ökonomischen Weltkrise eine Politik erlaubt, welche mit dem vorangegangenen Konservatismus bricht. Unter den Schwerpunkten des Wandels, die von der neuen Regierung festgelegt wurden, nimmt die Wissenschaftspolitik einen wichtigen Platz ein.

François Mitterand hat dies bereits kurz vor seiner Wahl in einer Rede im Palais de Luxembourg am 22.4.1981 betont. Er sah die Wissenschaft in direktem Zusammenhang mit der Stellung des Landes in der internationalen Konkurrenz. Indem er

für Frankreich einen Spitzenplatz in der Naturwissenschaft beanspruchte und forderte, den wissenschaftlichen Fortschritt in einen allgemeinen Fortschritt zu verwandeln, „die Zukunft zu beherrschen und nicht ihr Spielball zu sein“, schlug er für eine linke Politik folgende Prioritäten vor: „Kräftiges Wachstum, Vollbeschäftigung, Abbau der Ungleichheiten, Veränderung der Arbeitsbedingungen, Wiedereroberung unseres Binnenmarktes . . .“ Diese neue Entwicklung, deren Nährboden „Wissenschaft, Erfindergeist und Kreativität“ heißt, habe als Motor die Freiheit. Nicht diejenige „gewisser Finanzgruppen, die lieber unsere Wissenschaftler exportieren und dafür Lizenzen importieren“, sondern die Freiheit, Entscheidungen unter eigener Kontrolle zu haben, besonders was die Umsetzung der technologischen Revolution in die Praxis angeht; von der man weiß, daß sie sowohl knechten wie auch befreien kann. Dies bedeutet, daß die Wahl einer Wissenschaftspolitik engstens mit der Wahl einer Gesellschaft verbunden ist, in diesem Falle eines langfristigen humanistischen Projekts, in dem Freiheit und Sozialismus in Einklang gebracht werden sollen.

Der Präsident kündigte zur Wiederbelebung der Forschung als eine der ersten Amtshandlungen die Erhöhung der Finanzmittel an. Statt bisher 1,8% sollen in Zukunft 2,5% des Brutto-sozialprodukts für die Förderung des Nachwuchses, die Öffnung blockierter Laufbahnen und die Erhöhung von Betriebs- und Personalmitteln ausgegeben werden. Im Zusammenhang damit wurden folgende Ziele festgelegt:

- das Durchbrechen der Isolation der Wissenschaft, indem die Kontakte sowohl zwischen den einzelnen Disziplinen als auch mit den Bürgern, dem Bildungswesen und den Unternehmen vervielfacht werden;
- ein neues Gleichgewicht zwischen angewandter und Grundlagenforschung;
- nationale Programme zur Förderung von Initiativen und ihre gesetzliche Verankerung;
- ein Forschungsministerium, das die bis dahin verstreuten Initiativen sammeln und zusammenfassen soll;
- die Beteiligung der Forschung an der Wiedereroberung des Binnenmarktes und an der Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit;
- die Einrichtung neuer europäischer Programme und die Indienstnahme der Forschung für die Entwicklung neuer Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt.

Man mag sich nun fragen, in welchem Maße dieses Programm in der Regierungsarbeit berücksichtigt worden ist und ob es auch nach der Wahl in den Optionen des Präsidenten enthalten ist. Auf diesen letzten Punkt hat F. Mitterand in einem Bericht auf dem Gipfeltreffen der westlichen Großmächte in Versailles geantwortet, wo er über „Technologie, Beschäftigung und Wachstum“ sprach. Mitterand schlug vor, als erstes der Probleme, die die Krise stellt, das der Wissenschaft und der Technik zu erkunden, um die Umwälzungen auf Dauer zu meistern, die jene mit sich bringen könnten. Er bekräftigte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer Perspektive, die Egoismus und Abwarten verwirft und die die ökonomische Zusammenarbeit hervorhebt, „damit der Fortschritt ein Mittel des Friedens und des Wohlstands ist und damit vermieden wird, daß er nicht weiter Arbeitslosigkeit und Rezession hervorbringt“. Der größte Teil dieser Rede, der sich mit der Weltwirtschaft befaßte, behandelte Fragen, die mit der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung zu tun haben: die Entwicklung der Biotechnologie; die Abschätzung der Möglichkeiten der Elektronik; die vorausschauende Entwicklung der Energiequellen und neuer Technologien; dies alles aber eingebettet in eine Reihe von Maßnahmen zum Zwecke der Beherrschung der Entwicklung. Wegen der drohenden Gefahr des Verlusts von Arbeitsplätzen (mehrere Millionen von heute

bis 1990 in den industrialisierten Ländern) geht es darum, sich die Mittel zu verschaffen, mit denen man die laufenden Wandlungen in der Hand behalten kann; etwa indem man die Entwicklung der Märkte fördert, aber auch „vermehrte Anstrengungen zur beruflichen Bildung und Mobilität“ unternimmt. Besonderer Nachdruck wird auf den Abbau des Ungleichgewichts zwischen Nord und Süd gelegt, indem die Industrieländer aufgefordert werden, „die technologischen Entdeckungen in den Dienst der Länder des Südens zu stellen“ und Hilfe zu leisten „beim Abbau der Abhängigkeiten in der Ernährung und der Energieversorgung“. Es geht nach den Worten des Präsidenten „nicht nur um die Mittel, unsere Technologien durch Anpassung zu übertragen, sondern auch darum, die Bedingungen herzustellen, die die Entstehung von Technologien ermöglichen, die sich unmittelbar an der Wirklichkeit jener Länder orientieren“.

Diese Vorschläge haben auf dem Gipfeltreffen von Versailles nur ein geringes Echo gefunden. Aber der sozialistische Präsident, der einzige seiner Art unter den Repräsentanten der großen Industriemächte, hat sich gewiß nicht übertriebenen Illusionen über die unmittelbare Wirkung seines Plädoyers hingegen, als er eine neue politische Moral und Einsicht beschwor, derzufolge die Beherrschung von Wissenschaft und Technik eine gemeinschaftliche weltweite Aufgabe sein sollte. Der Anwalt der Zukunft stieß auf die Egoismen und Rivalitäten, die im Augenblick vorherrschen.

Progressive oder konservative Politik

Die fortschrittlichen Regierungen Frankreichs haben immer in ihren Absichten und in ihren Handlungen ein lebendiges Interesse an der wissenschaftlichen Forschung gezeigt, indem sie sie mit der sozialen Befreiung und sogar mit der Erneuerung kultureller Werte verknüpft haben. Durch den Elan der Volksfront von 1936 wurde das erste Forschungsministerium gegründet, welches das **Centre National de la Recherche Scientifique** (CNRS; Nationales Zentrum naturwissenschaftlicher Forschung) schuf. Funktion und Struktur des CNRS wurden während des zweiten Weltkrieges vom Nationalrat der Résistance im Untergrund entworfen. Diese lebendige Institution der französischen Forschung entwickelte sich zusammen mit anderen, ergänzenden Institutionen infolge des großen Aufschwungs nach der Befreiung. Wissenschaftler wie Joliot-Curie haben dazu erheblich beigetragen.

Das erste Jahrzehnt der fünften Republik brachte einen Aufschwung in der Politik der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung. Dies war, zusammen mit der internationalen Politik der Unabhängigkeit und Entkolonialisierung, einer der fortschrittlichen Aspekte des Gaullismus, der ansonsten offen konservativ war. Von Pompidou bis zu Giscard d'Estaing kam es zu einem Rückgang der Anstrengungen für die Forschung, gekennzeichnet durch Budgetreduzierung und zunehmend autoritäre Strukturen. Die Forschung wurde zu einem armen Verwandten des Wirtschaftsliberalismus. Von 1967 bis 1974 fiel der Anteil der Forschungsausgaben am Bruttosozialprodukt von 2,2 auf 1,7%. Die letzte Präsidentschaftsperiode war durch eine Sparpolitik gekennzeichnet, die diese Zahl praktisch nicht wieder erhöhen konnte; es war eine Periode, gekennzeichnet durch Etat Kürzung, durch das Fehlen von Neueinstellungen und Beförderungen sowie durch die Erhöhung des Durchschnittsalters der Forscher. In engem Zusammenhang damit wurden nach und nach Reformen des Status der Wissenschaftler und der Forschungseinrichtungen durchgeführt, die auf einen Abbau demokratischer Rechte hinausliefen, auf autoritäre Technokratie und die direkte Unterordnung unter die Bedürfnisse der Unternehmen, besonders der großen

Firmen, und Mißgunst gegenüber der Grundlagenforschung, der man die angewandte Forschung entgegenstellte. Der Name von Alice Saunier-Séité, die unter Giscard d'Estaing für die Universitäten und damit für die staatliche Forschung zuständig war, wird das Symbol für diese Periode des Verfalls bleiben; nicht eingerechnet die Verbote für Bewerber mit bestimmtem politischen oder gewerkschaftlichen Hintergrund, Posten mit besonderer Verantwortung zu besetzen.

Die Regierungsarbeit eines Jahres

Seit ihrer Ernennung hat die Regierung Mauroy keine Zeit verloren; ihre ersten Entscheidungen betrafen vor allem die Probleme der Forschung. Ein Ministerium für Forschung und Technologie wurde eingerichtet (MRT), und sein Chef, Jean-Pierre Chevènement, bekam den Rang eines Staatsministers.



Jean-Pierre Chevènement

Schon in den ersten Tagen nach dem Amtsantritt wurde ein erhöhtes Budget für 1982 beschlossen, in dem der Forschungs- und Nettoerhöhung erfuhr. Die Regierung kündigte ein nationales Kolloquium über Forschung und Technologie an, das gleichsam als ein Forum der Nation und ihrer Forscher die Erwartungen an die Wissenschaft und ihre Ausrichtung diskutieren sollte. Dem folgten ein Programmgesetz und eine Reform der Institutionen. Für das Ministerium wurden schließlich zwei Abteilungen geschaffen: die eine, die **Abteilung für allgemeine Forschungspolitik**, ist für die administrative Lenkung der großen Forschungsinstitutionen (Planung, Budget) verantwortlich, während die andere, die **Abteilung für wissenschaftliche Entwicklung, Technik und Innovation** mit Prioritätsprogrammen und Auswertungsarbeiten befaßt ist.

In direkter Verbindung mit den beiden Abteilungen steht eine **mission scientifique et technique**, sozusagen der Denkapparat, der die nötigen Anstöße geben will. Andere Abteilungen (für Perspektiven und Bewertung) wurden gleichzeitig eingerichtet. Außerdem wurde die interministerielle Arbeitsgruppe für wissenschaftliche und technische Information (MIDIST) verstärkt.

Gleichzeitig mit der Abschaffung des umstrittenen Status' des technischen Personals, der kurz vor der Wahl noch von der alten Regierung eingeführt worden war, wurden Beratungen

mit gewerkschaftlichen Organisationen aufgenommen, um den Status des wissenschaftlichen Personals und der entsprechenden Einrichtungen zu überdenken. Die Verhandlungen wurden über die Konferenz hinaus verfolgt, und der Rahmen der Lösung ist mittlerweile festgelegt.

„Generalstände“ der Forschung

Im Jahre 1959 arbeitete ein Kolloquium in Caen Vorschläge für die Forschung aus, die in jener Phase des Aufschwungs, von der schon die Rede war, für die ersten Regierungen der fünften Republik von Nutzen waren. Damals wurde jedoch nur die Spitze der intellektuellen und institutionellen Hierarchie aus Universität und Forschung bemüht. Bei dem Kolloquium von 1981/82 handelte es sich dagegen um eine allgemeine Beratung aller Kreise der Forschung und anderer betroffener Bereiche (Unternehmen, Gewerkschaften, Regionalkörperschaften, Ausbildungseinrichtungen). In relativ kurzer Frist wurde die wissenschaftliche Gemeinschaft im ganzen Land von großer Aktivität ergriffen.

Sie überdachte und diskutierte die Forschung, ihre Rolle und ihre Einbettung in die Gesellschaft. Vorbereitet durch Zusammenkünfte und schriftliche Beiträge, fanden 32 regionale Versammlungen im ganzen Land statt, die von September bis Dezember 1981 mehr als 500 Teilnehmer zusammenführten. Neben der Vorbereitung des Nationalen Kolloquiums legten diese Versammlungen einen besonderen Akzent auf die **regionale** Forschungspolitik, die bis dahin kaum entwickelt war. Sie betonten die Ziele und Programme der Regionalentwicklung, den Dialog zwischen Wissenschaftlern und lokalen Instanzen, besonders den Abgeordneten der Regionen.

Man kann sagen, daß diese Vorbereitung des Nationalen Kolloquiums die „Generalstände“ (états généraux) der Forschung konstituierte – im Sinne von 1789. Man hat sogar gesagt, daß dies eine Art Mai 1968 gewesen sei! Es ist tatsächlich so, daß für einige Wochen die „Phantasie an der Macht“ war. Die Euphorie war die Antwort auf einen neuen politischen Kurs, der, wie versprochen, die „Zeit der Mißachtung“ durch die „Zeit des Respekts und des Dialogs“ ersetzte. Auf der Ebene der Regionen haben die Versammlungen eine Sensibilität für die Probleme hinterlassen, die das tägliche Leben in der Forschung bestimmen. Regionale Verbände wurden gegründet, die Dialogpartner aus Forschung und regionalem Leben vereinen, vom einfachen Bürger bis zu den Verantwortungsträgern.

Die Auswahl von zwölf Schwerpunkten für das Nationale Kolloquium, das vom 13. bis 16. Januar dieses Jahres stattfand, hatte die Vorbereitungsarbeiten bestimmt. Für jedes Thema gab es einen Berichterstatter, dem eine Arbeitsgruppe von 15 Mitgliedern zur Seite stand, in der Mehrzahl nicht im üblichen Sinne „Experten für Forschungsplanung und industrielle Innovation“. Deren Berichte wurden von Kommissionen der 3000 Teilnehmer des Nationalen Kolloquiums in Paris leidenschaftlich diskutiert. Es ist unmöglich, hier die Berichte zusammenzufassen. Man kann nur die Hauptthemen erwähnen, die behandelt wurden. Insgesamt geben sie einen ziemlich vollständigen Überblick über die Aspekte und Implikationen wissenschaftlicher Forschung und Technik: die neue soziale Nachfrage nach Wissenschaft (von Verbänden und aus der Arbeitswelt); der Bezug auf den kulturellen Wert der Wissenschaften; die Notwendigkeit der Einbeziehung historischer und philosophischer Aspekte der Wissenschaft; erweiterte Aufgaben der Forscher (soziale Bewertung, Informationen etc.); die internationalen Aspekte, insbesondere die durch die Entwicklungsländer gestellten Probleme; Vorschläge bezüglich der wissen-

schaftlichen Berufe (Status der Wissenschaftler und der anderen Mitarbeiter in der Forschung); die Transparenz bei Entscheidungen der Verwaltung; die Demokratisierung der Forschungsinstitutionen.

Die Anwesenheit mehrerer Minister und die Reden des Präsidenten und des Premierministers auf dem Kolloquium haben klargemacht, daß jetzt der Ausgrenzung der Forschung und ihrer Beschränkung auf ein Getto ein Ende gesetzt wird. Sie ist ein wesentlicher Teil des nationalen Lebens und der Politik.

Das Programmgesetz

Es ist bezeichnend für die Stellung, die das Nationale Kolloquium in den Plänen des Ministers und der Regierung einnimmt, daß die Oppositionspresse, d.h. die rechte, sich über das Forschungskolloquium erregte. „*Chevènements Zirkus*“ war die Schlagzeile von FIGARO und L'AUREOLE. Andere fragten beunruhigt: Was werden die Effekte dieser gigantischen Aufregung sein, außer daß sie als Ventil nach einer Zeit der Beschränkung fungiert? Skeptiker meinen, daß das Programmgesetz für die Forschung in technokratischer Manier schon vor dem Kolloquium geschrieben worden sei. Das war nicht der Fall: Die Berichterstatter des Kolloquiums waren in das Entwerfen des Gesetzes einbezogen, welches ihre Arbeiten und Schlußfolgerungen berücksichtigt hat.

Die wichtigsten Punkte des Gesetzes zur Orientierung und Programmatik der Forschung und der technischen Entwicklung sind:

- das entsprechende Budget ist bis 1985 auf 2,5 % des BSP zu erhöhen;
- das zivile Budget ist bis 1985 jährlich um 17,8 % zu erhöhen;
- durch eine jährliche Erweiterung um 4,5 % ist der Personalbestand in der öffentlichen Forschung zu erneuern;
- die Grundlagenforschung ist zu sichern (eine Zahl von + 13 % wurde genannt), die Humanwissenschaften sind zu entwickeln;
- beträchtliche Mittel sollen den Bereichen der Energie, der Biotechnologie, der Elektronik, der Arbeitsplatzsicherung, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Forschung und Innovation für die Dritte Welt, der technologischen Entwicklung der Industrie und der Förderung des Französischen als Wissenschaftssprache zugewiesen werden.

Der Status der Forscher wird mit einigen Abweichungen der von Beamten sein (bisher auf vertraglicher Basis). Ein detaillierter Anhang des Gesetzentwurfes befaßt sich vor allem mit der Industrieforschung, für die bis 1985 1,5 % des BSP aufgewendet werden sollen, und präzisiert die gesamten Bestimmungen. Obwohl der Senat versuchte, den Gesetzentwurf seiner Substanz zu berauben, und obwohl die Opposition ihn heftig ablehnte, dürfte er in nächster Zukunft angenommen werden. Danach müssen schnell die angekündigten Reformen folgen, insbesondere jene, die sich auf die Methoden der Bewertung und der Leitung beziehen und dabei unter dem Zeichen von Transparenz und Demokratie stehen sollen.

Für eine kritische Beteiligung

Zu übermäßigem Optimismus bietet die allgemeine Situation, national und international, keinen Anlaß. Wenn auch Optimismus nicht verboten ist – glücklicherweise verpflichtet die intellektuelle Haltung nicht dazu, dauernd Cassandra zu spielen –, so ist gewiß auch kritische Zurückhaltung wünschenswert.

Da ist vor allem die offensichtliche Macht der Reaktion, die über wichtige ökonomische Hebel und über Einfluß auf die Medien verfügt. Daneben stehen vor allem die internationale Krise und die Schwierigkeiten, mit denen Frankreich sich herumzuschlagen hat; was etwa die kürzliche Abwertung des Franc illustriert.

Wird es möglich sein, den Rückstand gegenüber den USA, der BRD, der UdSSR und Japan aufzuholen? Ist es sicher, daß die Anreize für die Entwicklung der industriellen Forschung ausreichend sind? Zwar soll der staatliche Sektor das Beispiel sein, aber die schlechten Gewohnheiten, die dieser Bereich angenommen hat, werden nicht leicht zu ändern sein. Wenn nicht Forschung und Bildung zu einer gemeinsamen Dynamik kommen, wird langfristig keine harmonische Entwicklung möglich sein, weil die Forschung – selbst unter dem Aspekt ihrer unmittelbaren Nutzenanwendung – von den Universitäten nicht zu trennen ist.



Michelin begrüßt Mitterrand auf der Ausstellung „Salon de l'Auto“

Das Gewicht, das der Vorstellung beigelegt wird, die Wissenschaft müsse bei der Lösung der Krise helfen, ist ein unverzichtbares Element der gegenwärtigen Bewegung. Aber das kann auf der anderen Seite auch eine Gefahr bedeuten; wenn nämlich der wissenschaftlichen und technischen Forschung die Verantwortung für die Lösung oder Nichtlösung der Krise aufgeladen wird. Die Lösungen sind nur im politischen Bereich zu finden, und die Wissenschaft kann dabei nur die Rolle eines unentbehrlichen Hilfsinstrumentes spielen, keinesfalls die Politik ersetzen.

Weiter wurden die kritischen, kulturellen Aspekte der wissenschaftlichen Tätigkeit betont. Dies ist geeignet, den Szientismus und sein Gegenteil, die Wissenschaftsfeindlichkeit, in Schranken zu halten und auszugleichen. Schenkt man diesen Phänomenen, die sich beide vom einem quasi magischen und verfremdeten Bild der Wissenschaft nähren, genügend Aufmerksamkeit?

Schließlich muß man mit allen Arten von Widerstand rechnen, der vom Bereich der Wissenschaften selbst ausgeht und den die Gepflogenheiten der Verwaltung bieten. Der Allgemeine Bericht des Kolloquiums merkt an: „*Man kann nicht ohne Übergang von einem System, das die Technokratie bevorzugt, zu einem von Grund auf demokratischen System kommen.*“ Man braucht eine Lehrzeit, vorher ist nichts gewonnen.

Der Artikel wurde an einigen Stellen geringfügig gekürzt.
Übersetzung aus dem Französischen von Herbert Mehrrens und Norbert Lutz.